Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 23.02.2018
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:37 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder
Vorsitz
Frau Marianne Wölk - SPD
reguläre Mitglieder
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Frau Anna Rembas - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Joachim Brunnet - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Mathias Range - CDU
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU

Frau Karin Schaffner - CDU	
Herr Jens Seipp - CDU	
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	ab TOP 3
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Frau Renate Bastian - Marburger Linke	
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke	
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL	
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
Herr Roland Frese - BfM	
Frau Gabriele Mensing - BfM	
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Herr Dominic Dehmel - SPD	- entschuldigt -
Frau Myriam Hövel - SPD	- entschuldigt -
Herr Dr. Fabio Longo - SPD	- entschuldigt -
Herr Hans-Martin Reissner - CDU	- entschuldigt -
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD	
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP	
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Mitglieder aus dem Vorstand des Kinder- und Jugendparlaments. Sie gratuliert dem Stadtverordneten Küllmer, der heute Geburtstag hat, und überreicht im Namen der Stadtverordnetenversammlung einen Blumenstrauß. Die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung wird festgestellt. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Anschließend unterbricht die Stadtverordnetenvorsteherin die Sitzung um 16:36 Uhr für die Durchführung der Einwohner/innenfragestunde. Um 17:19 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt anschließend die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Sie verweist auf den dringlichen Antrag der Fraktion Marburger Linke zur Waldrodung in Cappel, der nach einstimmigem Votum im Ältestenrat als Tagesordnungspunkt 16.1 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen worden ist. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2018

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26.01.2018 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 7 und 9 bis 15 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Stephan Muth
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Wie viele Strafmandate wegen Falschparken wurden 2016 während der Semesterferien und außerhalb der Semesterferien ausgestellt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Jahre 2016 wurden 33.386 Verwarnungen im ruhenden Verkehr ausgesprochen. Eine Differenzierung zwischen Semesterferien und Vorlesungszeit kann jedoch nicht mehr erfolgen, da die Daten der einzelnen Fälle nach 6 Monaten gelöscht werden müssen und dementsprechend für eine statistische Auswertung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wieland Stötzel

Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Stephan Muth
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Wie viele Menschen aus den Ortsteilen Michelbach und Marbach verstarben in den Jahren 2015, 2016 und 2017 und welche Bestattungsform (Beerdigung, Urnenbegräbnis oder anderweitige Bestattungsform wie See- oder Baumbestattung innerhalb und außerhalb Marburgs) wurde jeweils wie oft gewählt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Anzahl der Verstorbenen sowie die Anzahl der Beisetzungen geht aus untenstehender Tabelle hervor.

	Verstorben	**Beigesetzt**	**Verstorben**	**Beigesetzt**	**Verstorben**	**Beigesetzt**
	2015	**2015**	**2016**	**2016**	**2017**	**2017**
Marbach	27	12	21	20	26	14
Michelbach	11	8	8	4	13	12

Die Zahlen der Verstorbenen wurden durch den Fachdienst 34/36 geliefert, da dort alle Sterbefälle in Marburg registriert werden.

Die Differenz zwischen Verstorbenen und Beigesetzten erklärt sich dadurch, dass Verstorbene in anderen Ortsteilen, auf dem Hauptfriedhof oder außerhalb von Marburg beigesetzt wurden.

Nachfolgende Tabelle stellt die Wahl der jeweiligen Bestattungsform für die Beisetzungen dar:

Marbach	**Anzahl von Bestattungen**	**Bemerkungen**
Erdbestattung	**16**	
2015	4	
2016	8	
2017	4	
Urnenbeisetzung	**27**	Davon 1 Urnenbaumbestattung
2015	8	
2016	10	
2017	9	
Urnenbeisetzung in einer Urnenwand	**3**	
2016	2	
2017	1	

Michelbach	**Anzahl von Bestattungen**	**Bemerkungen**
Erdbestattung	**6**	
2015	2	

2016	3	
2017	1	
Erdbestattung Kind	**1**	2015
Urnenbeisetzung	**17**	
2015	5	
2016	1	
2017	11	

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Laut einem Bericht in der Oberhessischen Presse vom 23.01. wurde bei dem Bau eines privaten Studierendenwohnheims im Stadtwald die "Sozialquote" nicht wirksam, weil die Gebäude auf unterschiedlichen Grundstücken errichtet werden. Wie viele Fälle dieses Nichtwirksamwerdens der "Sozialquotierung" sind dem Magistrat bekannt, wie bewertet er diesen Vorgang und wie will er zukünftig verhindern, dass in dieser Form die Quote umgangen wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Quote wird nicht umgangen. In diesem konkreten Fall ist das Wohnprojekt mit Beteiligung des Ortsbeirates und des Gestaltungsbeirates bereits lange vor dem Wirksamwerden der „Sozialquote“ durch Stadtverordnetenbeschluss entwickelt worden.

Dr. Thoms Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Die Stadt Frankfurt am Main hat auf der Grundlage eines veränderten hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes eine Satzung gegen die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen erlassen. Auch in der Universitätsstadt Marburg gibt es viele Ferienwohnungen. Hält der Magistrat eine solche Satzung für eine geeignete Form, um angesichts des Wohnungsmangels gegen den Entzug von Wohnraum durch Ferienwohnungen vorzugehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Mit Außerkrafttreten des Wohnraumzweckentfremdungsverbotes im Mai 2004 ging ein möglicher Schutz für Mieter und ein Instrument der Stadtentwicklung verloren. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten wird der Aufhebung des Verbotes allgemein größere Bedeutung beigemessen.

Mit der Außerkraftsetzung des Verbotes wurden lediglich wohnungswirtschaftliche Beschränkungen aufgehoben; die baurechtlichen Vorschriften sind weiterhin zu beachten, d. h., die Umnutzung einer Wohnung als Ferienwohnung bedarf gemäß § 54 (1) Hessische Bauordnung als genehmigungspflichtige Nutzungsänderung einer Baugenehmigung. Dieses Erfordernis allein stellt jedoch für das Problem der Umwandlung von Wohnraum kein Regulativ dar, da die Nutzung „Ferienwohnung“ in bestimmten Baugebieten gem. Baunutzungsverordnung zulässig ist. Ohne entsprechende Satzung besteht bauaufsichtlich keine Handhabe gegen Umnutzungen, die bisher genehmigungsfähig sind.

Von Seiten des Magistrats werden einer solchen satzungsrechtlichen Regelung allerdings keine spürbaren Erfolgsaussichten beigemessen. Weitaus erfolgversprechender wird die Umsetzung des Wohnraumversorgungskonzeptes verbunden mit der Einführung der Sozialquote beurteilt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Sonja Sell
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Zum Eispalast kann man unterschiedliche Ansichten über dessen Sinnhaftigkeit haben. Während er aus Sicht von Pädagogen und Sportlehrkräften ganz sicher seine Berechtigung hat, ist er aus Gründen des Klimaschutzes eher kritisch zu betrachten. Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wieviel Energie der Eispalast pro Saison verschlingt und mit einem möglichst plastischen Vergleich verdeutlichen, wieviel das pro Besucher in etwa an klimatischer Belastung bedeutet? Und ist der Magistrat nach diesem Vergleich der Meinung, dass der gesellschaftliche, pädagogische und sportliche Nutzen des Eispalastes in einem gerechtfertigten Verhältnis zu seinen Kosten und dem ökologischen Schaden steht, oder sollten wir uns einfach darüber freuen, dass die Stadtwerke Marburg als Energie- und Wasserlieferant davon profitieren?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 56 - Jugendförderung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Aufstellung der letzten Jahre zeigt, dass der Eispalast in den Jahren 2012/2013 bis 2016/2017 einen Stromverbrauch hatte, der zwischen 57.380 kWh und 74.024 kWh liegt. Bei ca. 22.000 Besucherinnen und Besuchern macht dies rein rechnerisch einen Verbrauch pro Kopf zwischen 2,6 und 3,4 kWh.

Die Schwankungen im Energieverbrauch sind wetterbedingt. Den geringsten Energieverbrauch hat der Eispalast bei Temperaturen um den Gefrierpunkt.

Die weitere Interpretation und Bewertung der anderen Fragen würden den Rahmen dieser Fragestunde sprengen. Die Universitätsstadt Marburg hält an ihren Klimaschutzzielen fest. Es mag durchaus in der Gewichtung und Bewertung von Angeboten für Kinder, Familien und Jugendliche insbesondere während der Weihnachtsferien unterschiedliche Prioritätensetzungen geben; die Universitätsstadt Marburg sieht hier jedoch keinen Zielkonflikt.“

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Christa Perabo
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie hoch der finanzielle Beitrag der Sparkasse Marburg-Biedenkopf zur Finanzierung des Jahresempfangs der Stadt Marburg war, ob es sich dabei um eine Spende des Vorstands handelt oder der Betrag aus dem Überschuss der Sparkasse stammt und wenn ja, ob die an gemeinnützige Einrichtungen weitergeleiteten Mittel deshalb in diesem Jahr geringer sind als in den Vorjahren?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Mittel zur Unterstützung des Neujahrsempfanges der Stadt Marburg sind wie alle Spenden und Sponsorings Bestandteil der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse. Für 2018 hat die Sparkasse einen Betrag in Höhe von 9.000 Euro für die Veranstaltung zugesagt.

Davon unabhängig unterstützt die Sparkasse auch in 2018 gemeinnützige Institutionen und Vereine in erheblichem und gewohntem Umfang mit Spenden und Sponsoringmaßnahmen.

Auswirkungen auf die Gewinnverwendung ergeben sich, vorbehaltlich der erforderlichen Beschlüsse der Gremien, im Vergleich zu den Vorjahren daraus nicht.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Ist dem Magistrat bekannt, in welchem Rahmen die Bundeswehr in der Woche vom 22. - 26.1. eine Werbekampagne am Rudolphsplatz durchführte? Wenn ja, wurde eine Genehmigung seitens der Stadt erteilt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

In der Zeit vom 25. bis 27. Januar 2018 fand im Cineplex Marburg eine Ausbildungsmesse mit dem Titel „Ansage Zukunft“ statt. Die Bundeswehr hat mit einem Infomobil auf dem Gerhard-Jahn-Platz an dieser Messe teilgenommen. Eine entsprechende Genehmigung wurde durch den Fachdienst 35 erteilt.

Wieland Stötzel

Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Kann der Magistrat in Anlehnung an meine Kleine Anfrage vom 18.11.2016 erneut und mit Nachdruck auf eine Verbesserung der Beleuchtungssituation im Weg zwischen Leopold-Lucas-Straße und Ockershäuser Allee hinwirken, insbesondere auf Höhe des neu entstehenden Wohnhauses (ggü. SKV-Gelände, die auf dem dortigen Gelände befindlichen La-ternen sind schon lange nicht mehr aktiv), um einem möglichen Angstraum entgegenzuwirken?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Beleuchtungssituation des Weges zwischen der Ockershäuser Allee und der Leopold - Lucas - Straße wurde durch die Stadtwerke Marburg geprüft. Aus fachtechnischer Sicht ist eine Verdichtung der Leuchten erforderlich. Hierüber erstellen die Stadtwerke Marburg eine Planung und ein Angebot. In Abhängigkeit von den künftig zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln wird dann über die Realisierung entschieden.
Die angesprochenen Leuchten auf dem SKV-Gelände sind nicht Bestandteil der öffentlichen Beleuchtung.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Der Ortsbeirat Cappel hat in seiner Sitzung am 30.11.2016 die Änderung der Vorfahrtsregelung in der Straße "Am Köppel" beschlossen. Ist der Magistrat mittlerweile in dieser An-gelegenheit tätig geworden und wie ist momentan der Sachstand?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach den Vorgaben der StVO sind in Tempo 30-Zonen grundsätzlich keine vorfahrtsregelnden Verkehrszeichen anzuordnen. Dadurch soll erreicht werden, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit auch eingehalten wird, da an jeder Kreuzung der Vorrang der von rechts kommende Verkehrsteilnehmer zu beachten ist.

In der Straße Am Köppel gilt wie grundsätzlich auch in allen anderen Tempo 30-Zonen die Vorfahrtsregelung rechts vor links, um für die Verkehrsteilnehmer eine Kontinuität und Verlässlichkeit bei den Verkehrsregelungen zu gewährleisten. Lediglich bergab nach dem Sportheim des FSV Cappel bis zur Sommerstraße ist in Abstimmung mit dem regionalen Verkehrsdienst der

Polizei aus Gründen der Verkehrssicherheit aufgrund des starken Gefälles eine abweichende Regelung vorhanden, da an diesen Eimündungen wegen schmaler Gehwege, sowie Hecken und Mauern auf den Privatgrundstücken nur sehr eingeschränkte Sichtverhältnisse bestehen.

Für eine einheitliche Vorfahrtsregelung rechts vor links Regelung in der Straße Am Köppel wie auch in den anderen Tempo 30-Zonen, sind Baumpflanzungen jeweils vor den Einmündungen der genannten Straßen zur besseren Einsehbarkeit angedacht. In dem Beschluss des Ortsbeirates wird jedoch eine Bevorrechtigung der Straße am Köppel gegenüber den einmündenden Straßen gefordert.

Die städtischen Fachdienste Straßenverkehr und Tiefbau und der regionale Verkehrsdienst der Polizei werden kurzfristig die Verkehrssituation an den Eimündungen zusammen mit dem Ortsvorsteher erörtern. Anschließend wird dann die künftige Beschilderung festgelegt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Walter Jugel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Die Einmündung der Straße „Im Lichtenholz“ in die „Beltershäuser Straße“ und der dort über die Straße „Im Lichtenholz“ führende Fußgängerüberweg sind bei Dunkelheit, vor allem aus Richtung Beltershausen/Richtsberg kommend, extrem schlecht einsehbar. Dort ist es in der Vergangenheit, aufgrund der nicht vorhandenen Ausleuchtung, auch schon zu mindestens einem Unfall gekommen, bei dem ein Fußgänger auf dem Fußgängerüberweg von einem Fahrzeug erfasst und verletzt wurde.

Ist diese Problematik dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg bekannt, zumal dieses Thema bereits in der Cappeler Ortsbeiratssitzung am 25.01.2017 (siehe Protokoll) angesprochen wurde, und was gedenkt der Magistrat gegen die unzureichende Ausleuchtung dieses Einmündungsbereiches zu veranlassen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Grundsätzlich handelt es sich bei den Querungshilfen in der Einmündung Im Lichtenholz nicht um einen Fußgängerüberweg im Sinne der StVO (Zebrastreifen), sondern um Fahrbahnteiler, die das Queren für den Fuß- und Radverkehr erleichtern sollen. Die Beleuchtungssituation ist von den Stadtwerken Marburg überprüft und ein Beleuchtungsplan erstellt worden. Aus fachtechnischer Sicht wäre es angebracht, zwei weitere Leuchten zu errichten. In Kürze wird ein entsprechendes Angebot von den Stadtwerken eingereicht, über das in Abhängigkeit von den künftig zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln entschieden wird.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster

Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Ist der Magistrat bereit, in seine Überlegungen zur Feuerwehrerreichbarkeit für die Ehrenamtlichen während der Sperrung der Weidenhäuserbrücke auch weitere Anregungen einzubeziehen - z.B. E-Fahrräder (eventuell finanziell gefördert) und für den Standort Ketzerbach mit der Schwerpunktwehr II. Zug Marburg-Mitte in Sonderheit den Einsatz von Bussen nach Gesprächen mit den Behring-Nachfolgebetrieben zur Entschärfung der 'Behring-Staus'?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat beides bereits im Vorfeld bedacht. Feuerwehrangehörige können, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die Leihfahrräder von nextbike zeitlich begrenzt kostenlos nutzen.
Für die Beschäftigten am Pharmastandort ist ab Baubeginn die Einrichtung eines Shuttle-Busses vorgesehen. In Abhängigkeit von der Nutzung wird das Angebot vorgehalten.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie hat sich die Anzahl und der Anteil der befristeten Arbeitsverträge bei Neueinstellungen bei der Stadt Marburg und den städtischen Gesellschaften in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wie hoch war dabei der Anteil von jüngeren Menschen unter 35 Jahren, also in einer bevorzugten Phase möglicher Familiengründungen ?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal, Organisations- und Beteiligungsmanagement
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für die Stadtverwaltung Marburg ergibt sich entsprechend der Fragestellung folgende Aufstellung:

	Einstellungen	Befristet		davon unter 35 Jahre	
Jahr	Anzahl	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil %
2013	82	41	50	24	59
2014	77	34	44	19	56
2015	113	58	51	30	52
2016	82	52	63	27	52
2017	95	63	66	36	57

Anmerkung:

Diese Aufstellung beinhaltet sowohl sachgrundbefristete als auch sachgrundlos befristet eingegangene Beschäftigungsverhältnisse. Bei den sachgrundbefristeten Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich vor allem um Vertretungen aufgrund von Mutterschutz und Elternzeit, aufgrund länger andauernder erkrankungsbedingter Ausfälle städtischer Mitarbeiter/innen oder aufgrund aus Drittmitteln finanzierter zeitlich befristeter Projekte. Zu den sachgrundlos eingegangenen Beschäftigungsverhältnissen zählen bspw. die Anschlussbeschäftigungen nach Beendigung der Erzieher/innenausbildung, die aus Gründen der Personalgewinnung in diesem durch Fachkräftemangel schwierigen Berufsbild auch ohne aktuell vorhandene Planstelle erfolgen, um diese bei entsprechender Eignung planmäßig unbefristet weiter beschäftigen zu können.
Sachgrundlos eingegangene Beschäftigungsverhältnisse nach Beendigung einer Berufsausbildung sind nicht enthalten, da aufgrund tarifrechtlicher Bestimmungen ein Anspruch auf eine mind. auf ein Jahr befristete Anschlussbeschäftigung besteht und diese insoweit nicht im Ermessen des Arbeitgebers bzw. Ausbildungsbetriebs steht. Bei der Stadtverwaltung Marburg erfolgt das Angebot einer Anschlussbeschäftigung für einen Zeitraum von 18 Monaten, wobei i. d. R. diese befristeten Beschäftigungsverhältnisse vor Ablauf der Befristung in planmäßige unbefristete Beschäftigungsverhältnisse münden.

Städtische Beteiligungen:

Die städtischen Beteiligungen (DBM, Gesellschaften mit mind. 50 % Gesellschaftsanteilen) haben auf die Anfrage folgende Rückmeldungen gegeben:

DBM:

	2013		2014		2015		2016		2017	
	insges.	davon < 35 Jahre	insges.	davon < 35 Jahre	insges.	davon < 35 Jahre	insges.	davon < 35 Jahre	insges.	davon < 35 Jahre
"Soziale Stadt"	3	-	3	-	4	-	-	-	4	-
mit Sachgrund	8	5	9	6	8	4	5	2	4	1
sachgrundlos	2	1	1	1	1	1	1	-	1	1
Summe:	**13**	**6**	**13**	**7**	**13**	**5**	**6**	**2**	**9**	**2**

Stadtwerke Marburg GmbH:

Wir haben in der Stadtwerke Unternehmensgruppe die Befristung von Arbeitsverträgen in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgeführt und schließlich Ende 2017 vollständig abgeschafft.

Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH:

- Neueinstellungen MSLT mit befristeten Verträgen 2013-2017:
  - Sechs (vier davon sind jetzt fest angestellt, zwei haben die MSLT verlassen).

- Der Anteil der befristet eingestellten Mitarbeiterinnen an der gesamten Mitarbeiterschaft betrug:
  - 2013: 17%
  - 2014: 14%
  - 2015: 6%
  - 2016: 13%
  - 2017: 14%

- Vier der sechs in der letzten fünf Jahren befristet eingestellten Mitarbeiterinnen waren unter 35 Jahren alt (67%).

Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH / Marburger Service GmbH:

Die Entwicklung der befristeten Arbeitsverträge von 2013 bis 2017 stellt sich bei der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH folgendermaßen dar:

31.12.2013: 104 Mitarbeiter, davon 41 unter 35 Jahre alt insgesamt 227 Beschäftigte.
31.12.2014: 68 Mitarbeiter, davon 32 unter 35 Jahre alt insgesamt 204 Beschäftigte.
31.12.2015: 53 Mitarbeiter, davon 26 unter 35 Jahre alt, insgesamt 208 Beschäftigte.
31.12.2016: 61 Mitarbeiter, davon 30 unter 35 Jahre alt, insgesamt 219 Beschäftigte.
31.12.2017: 51 Mitarbeiter, davon 26 unter 35 Jahre alt, insgesamt 217 Beschäftigte.

Die Entwicklung der befristeten Arbeitsverträge von 2013 bis 2017 stellt sich bei der Marburger Service GmbH folgendermaßen dar:

31.12.2013: 12 Mitarbeiter, davon 6 unter 35 Jahre alt insgesamt 48 Beschäftigte.
31.12.2014: 6 Mitarbeiter, davon 2 unter 35 Jahre alt insgesamt 42 Beschäftigte.
31.12.2015: 11 Mitarbeiter, davon 3 unter 35 Jahre alt, insgesamt 46 Beschäftigte.
31.12.2016: 19 Mitarbeiter, davon 8 unter 35 Jahre alt, insgesamt 54 Beschäftigte.
31.12.2017: 24 Mitarbeiter, davon 8 unter 35 Jahre alt, insgesamt 57 Beschäftigte.

Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn:

Die GeWoBau Marburg hat in den letzten 5 Jahren 4 Neueinstellungen mit befristeten Arbeitsverträgen getätigt. Davon ist eine Person jünger als 35 Jahre.

Hessisches Landestheater Marburg GmbH:

Am HLT gab und gibt es befristete Arbeitsverhältnisse nur als Aushilfsverträge wegen Krankheit etc.. Das betrifft max. 2 – 3 Personen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, auf welche Summe sich die Kosten belaufen, die entstehen würden, wenn die Leihräder (Nextbikes) für alle Besitzer*innen von Busfahrkarten (Tagesticket, Wochen- Monats- oder Jahresfahrkarte, Schülerticket, Hessenticket etc.) in Marburg entweder 30 Minuten oder sogar ganztags kostenlos nutzbar wären.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

1. Die Frage kann nicht beantwortet werden, da die Kosten von der tatsächlichen Nutzung (1 €/30 Minuten) abhängen. Es fehlen Erfahrungswerte, wie häufig Buskarteninhaber/innen das Angebot nutzen würden. Da das Leihradsystem grundsätzlich gut angenommen wird, wird es auch weiter ausgebaut, d.h.:

   - 50 Räder zusätzlich ab 01.04.2018 (d.h. Aufstockung auf dann 250 Leihräder im Stadtgebiet von Marburg) um eine erhöhte Nachfrage zu sichern.
   - Bis zu 5 weitere Stationen in der Innenstadt.
   - Die Registrierung selbst ist kostenlos. Anmelder/innen müssen aber ein Startguthaben von 1 € anlegen, um ihre Kontodaten zu verifizieren.

2. Um die Beeinträchtigungen während der Sperrung der Weidenhäuser Brücke ein wenig auszugleichen, haben wir bei nextbike 24.000 Freifahrten bestellt (je 30 Minuten, bei längeren Fahrten danach zu normalen Gebühren, d.h. 1 €/30 Minuten, maximal bis 9 €/Tag). Das Angebot gilt für alle für Bürgerinnen und Bürger innerhalb des Zeitraums 01.03.2018 bis 30.11.2018.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 15
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Elke Neuwohner
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Der Magistrat wird gebeten, Auskunft zu erteilen, mit welchen Fördersummen er aus den Förderprogrammen „Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung rechnet.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Marburg hat sich an dem Aufruf „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung beteiligt und als ersten Schritt eine Förderzusage für die Erstellung des Masterplans „Green-City-Plan“ erhalten. In sechs großen Themenfeldern will die Stadt mit dem „Green-City-Plan“ die Stickoxidbelastung in der Marburger Atemluft reduzieren:

- Auf- und Ausbau von intelligenten Verkehrsinformationssystemen für den ÖPNV, Autos und Radverkehr,
- intelligente vernetzte Mobilitätsdienste, Fahrrad- und Auto- Sharingsysteme
- Radverkehr, insbesondere Umsetzung des Radverkehrsplans
- Elektrifizierung des Verkehrs
- urbane Logistik
- öffentliche Flotten

Insgesamt sind elf Förderprogramme unter dem Dach „Saubere Luft 2017-2020“ zusammengefasst. Im Laufe des Jahres 2018 werden hieraus weitere Mittel beantragt werden, um konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastung kurzfristig umsetzen zu können.

Die Stadt Marburg steht in einem engen Informationsaustausch mit dem von der Bundesregierung eingesetzten „Förder-Lotsen“ sowie dem Land Hessen. Für einige Förderprogramme können auch schon während der Konzepterstellung für den „Green-City-Plan“ Anträge gestellt werden.

Eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe steht in ständigem Austausch hierzu und wird die weiteren Anträge vorbereiten. Ob und in welcher Höhe die Stadt Marburg berücksichtigt werden wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk erklärt damit die Fragestunde für beendet. Frage Nr. 8 wird schriftlich beantwortet, die Antworten auf die Fragen Nr. 16 bis 31 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

zu 4 Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt nochmals die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des 11. Kinder- und Jugendparlamentes (KiJuPa) und bittet sie um ihren Bericht über ihre Arbeit. Es berichten der Vorsitzende des KiJuPa Manuel Greim, der stellv. Vorsitzende Elias Hescher und das stellv. Mitglied Marlene Scheld.

Die Vortragenden zeigen einige der zahlreichen Projekte und Aktionen auf, die das KiJuPa im vergangenen Jahr durchgeführt hat, so z. B. die Schulranzen-Sammelaktion und die Feierlichkeiten rund um das 20-jährige Jubiläum des KiJuPas in 2017. Nach der Neuwahl des KiJuPas in 2017 mit hoher Wahlbeteiligung standen außerdem zunächst Teamfindung und Schwerpunktsetzung im Vordergrund. Definiert für die laufende Legislaturperiode wurden dabei die Themenschwerpunkte Chancengleichheit und Beteiligung, an denen derzeit aktiv gearbeitet wird, so z.B. durch die Ausweitung der Vernetzung des KiJuPas und die Einbringung in den derzeit bei der Stadt Marburg laufenden Bürgerbeteiligungsprozess. In seinem Ausblick auf demnächst anstehende Projekte nennt der Vorsitzende u.a. die Fahrt des KiJuPas nach Brüssel mit Besuch der Europäischen Union, das Radioprojekt mit Radio Unerhört Marburg und die Erstellung eines Schulkonzeptes für Mediennutzung.

---

zu 5 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg - Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes Vorlage: VO/6077/2018

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Kissel. Dem Ausschuss lagen die in der Vorlage aufgeführten Wahlvorschläge vor. Weitere Wahvorschläge wurden nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt die Wahlen getrennt in offener Abstimmung per Handzeichen vorzunehmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung in offener Abstimmung per Handzeichen:

1. Für die Gruppe der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder in der Jugendhilfe erfahrene oder tätige Frauen und Männer

   Herr Gerald Weidemann (SPD-Fraktion), Spiegelslustweg 24, 35039 Marburg als stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

2. Für die Gruppe der Mitglieder auf Vorschlag der im Bereich des Stadtjugendamtes wirkenden anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

   Herr Sergej Schmitt, pädagogischer Mitarbeiter im St. Martin-Haus, wohnhaft Am Kornacker 6, 35274 Kirchhain.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 18.1 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Benennung des Allianz-Hauses
Vorlage: VO/5899/2017

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Nezi, Suntheim-Pichler, Büchner und Pfalz. Während der Aussprache hat der stellv. Stadtverordnetenvosteher Heck von 18:10 Uhr bis 18:17 Uhr die Sitzungleitung inne.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein	SPD, CDU, BfM, FDP
Enthaltung:	MBL

---

zu 6 Straßenbenennung
hier: Umbenennung der Schiffergasse in Kiliansgasse
Vorlage: VO/5951/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Verlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Die im vorliegenden Plan gekennzeichnete Gasse zwischen Schuhmarkt und oberem Hirschberg/Rathausschirne wird in „Kiliansgasse“ umbenannt.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 7 Marburger Ortsrecht
IV. Nachtrag zur Parkgebührenordnung
Vorlage: VO/6005/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Weiterhin berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt den Ausschussempfehlungen und beschließt:

Der vorliegende IV. Nachtrag zur Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM, MBL, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	Marburger Linke, FDP

---

zu 8 Marburger Ortsrecht - Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/6103/2018

Die Vorlage wurde im Haupt- und Finanzausschuss bis zur Aprilsitzung zurückgestellt.

---

zu 9 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 5/24, 4. Änderung, "Gisselberger Straße/Willy-Mock-Straße"
Vorlage: VO/6081/2018

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 5/24, 4. Änderung, "Gisselberger Straße/Willy-Mock-Straße" wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:**
   Die unter den Nummern 1,2,3,5 und 6 in der Abwägungstabelle aufgeführten Anregungen werden berücksichtigt.
   Die unter der Nummer 7 in der Abwägungstabelle aufgeführten Anregungen werden teilweise berücksichtigt.
   Die unter der Nummer 4 in der Abwägungstabelle aufgeführte Anregung wird nicht berücksichtigt.
   Die Grundzüge der Planung werden von den gegenüber der Entwurfsfassung vorgenommenen Änderungen nicht berührt.

2. **Der Bebauungsplan Nr. 5/24, 4. Änderung, "Gisselberger Straße/Willy-Mock-Straße" einschließlich Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**

3. **Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 5/24, 4. Änderung, werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 Hessische Bauordnung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Nein keine
Enthaltung: Marburger Linke

---

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 17/1 für das Gebiet "In der Hohl" im Stadtteil Ronhausen
hier: Ergänzter Aufstellungsbeschluss und Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/6086/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und beschließt:

1. **Für den im vorliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten, gegenüber dem Aufstellungsbeschluss vom 20.05.2016 erweiterten Bereich wird die Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 17/1 für das Gebiet „In der Hohl“ im Stadtteil Ronhausen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.**

2. **Dem Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 17/1 für das Gebiet „In der Hohl“ im Stadtteil Ronhausen wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.“**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg:
Bebauungsplan Nr. 17/3 für das Gebiet "In der Hohl" im Stadtteil Ronhausen
hier: Ergänzter Aufstellungsbeschluss und Offenlagebeschluss
Vorlage: VO/6084/2018

Auch mit dieser Vorlage hat sich der Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr befasst. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu der Vorlage. Dies gilt auch für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Meyer berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin folgende Beschlüsse:

1. **Für den im vorliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten, gegenüber dem Aufstel-**

lungsbeschluss vom 20.05.2016 erweiterten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 17/3 für das Gebiet „In der Hohl“ im Stadtteil Ronhausen gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

2. **Dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 17/3 für das Gebiet „In der Hohl“ im Stadtteil Ronhausen einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zum Zwecke der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB zugestimmt.“**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 12 Masterplan Universitätsklinikum Marburg
Vorlage: VO/6091/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die im „Masterplan Universitätsklinikum Marburg“ formulierten Planungsziele stellen als „sonstige städtebauliche Planung“ gemäß § 1 Abs. 6 Nr.11 BauGB die planerischen Grundzüge für die weitergehenden Detaillierungen im Zuge künftiger Entwicklungs- und Bauleitplanungen am Standort des Universitätsklinikums Marburg dar.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Nein	Piratenpartei
Enthaltung:	keine

Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. McGovern werden folgende im Masterplan formulierten Planungsziele im Protokoll festgehalten:

- Bauliche Erweiterungsflächen für Kliniknutzungen in unmittelbarer Zuordnung zum Hauptgebäude und östlich vom III. Bauabschnitt. Als langfristige Erweiterungsoption dienen Flächen zwischen Albrecht-Kossel-Straße und L 3092 – keine Beanspruchung zusätzlicher (Wald-) Flächen gegenüber der im wirksamen FNP dargestellten „Sondergebiets-Fläche“,
- Konzentration der Stellplätze in Form des zentral gelegenen Parkdecks, welches in der Kapazität erhöht wird,
- Neuorganisation der zentralen Haupterschließung in Form eines Kreisverkehrs und Trennung der unterschiedlichen Verkehrsarten,
- Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie am Standort Ortenberg.

---

zu 13 Vorabbekanntmachung zur beabsichtigten Direktvergabe des Stadtbussystems der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/6067/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Dies gilt ebenso für den Haupt- und Finanzausschuss, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussvoten an und fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die Universitätsstadt Marburg beabsichtigt, die Busverkehrsleistungen im ÖPNV im Stadtbusverkehr Marburg auf Grundlage des Liniennetzes 2018 in Umsetzung der Vorgaben des Nahverkehrsplans mit Wirkung zum 01.01.2020 für die Dauer von 10 Jahren im Rahmen einer Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages nach Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 an ihren internen Betreiber zu vergeben.**

2. **Die beabsichtigte Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages gem. Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 und § 8a Abs. 2 Satz 2 PBefG ist zum nächst möglichen Zeitpunkt im EU-Amtsblatt gemäß der Anlage 1 (Vorinformation für öffentliche Dienstleistungsaufträge) und der Anlage 2 (Ergänzendes Dokument zur Vorabbekanntmachung im TED) zu veröffentlichen.**

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Maßnahmen zur Durchführung des Verfahrens und zur Vorbereitung der Direktvergabe in die Wege zu leiten.**

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	FDP/MBL

---

zu 14 Änderung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Marburg Consult GmbH
Vorlage: VO/6050/2018

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Die vorliegende Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Marburg Consult GmbH wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 15 Bericht "Sachstand, Ausbau und Perspektiven der Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2018 - 2020"
Vorlage: VO/6036/2018

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig Absatz 2 des Beschlussvorschlages zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. **Der Bericht „Sachstand, Ausbau und Perspektiven der Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2018 - 2020“ wird zur Kenntnis genommen.**

2. **Dem in Kapitel 4.4 vorgeschlagenen Verfahren zur Erarbeitung und Vorlage von Indikatoren für eine sozial differenzierte Personalbemessung in Krippen und Kindertagesstätten wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 16 Dringlichkeitsanträge

---

zu 16.1 Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Gravierende Waldrodung in Cappel
Vorlage: VO/6124/2018

Der dringliche Antrag wurde nach Einvernehmen im Ältestenrat auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wer für die von vielen Marburger/innen als gravierend empfundenen Waldrodung im Cappeler Wald verantwortlich ist und warum diese verursacht worden sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	FDP/MBL

---

zu 17 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 17.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Medienausstattung an Marburger Schulen
Vorlage: VO/6051/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch das Kinder- und Jugendparlament zurückgezogen. Er soll in geänderter Form neu eingebracht werden.

---

zu 17.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Sophie-von-Brabant-Schule
Vorlage: VO/6052/2018

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch das Kinder- und Jugendparlament zurückgezogen.

zu 17.3 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußballplatz der Brüder-Grimm-Schule
Vorlage: VO/6053/2018

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die im Ausschuss geänderte Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob der Fußballplatz an der Brüder-Grimm-Schule in Abstimmung mit der Schule mit Linien und Kennzeichnungen (Strafraum, 7m-Punkt, Mittellinie) versehen werden kann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 17.4 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Feuerwehrauto für den Piratenspielplatz "Weißer Stein"
Vorlage: VO/6054/2018

Der Antrag wurde durch den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zunächst zur Stellungnahme an den Ortsbeirat Wehrda verwiesen.

zu 18 Anträge der Fraktionen

zu 18.2 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Hessenticket für Kommunale Beschäftigte
Vorlage: VO/5984/2017

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 18.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung zurückgestellt.

zu 18.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Rücknahme der Fahrplanänderungen der Linien 2 und 7
Vorlage: VO/6024/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

zu 18.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbot des Durchgangsverkehrs für Schwerlaster im Nordviertel
Vorlage: VO/6069/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt über die im Ausschuss geänderte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen und Vorschläge zu erarbeiten, wie der Durchgangsverkehr für den Schwerlastverkehr in der westlichen Bahnhofstraße (von der Abbiegung Robert-Koch-Straße bis zur Einmündung Elisabethstraße bzw. Wehrdaer Weg), der Elisabethstraße, im Pilgrimstein und in der Ketzerbach soweit wie möglich verlagert werden kann.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 18.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses der Vorlage 4217/2015 – Vergabekriterien
Vorlage: VO/6072/2018

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, umfassend über die Umsetzung des Beschlusses zur Einhaltung von Kriterien bei der Vergabe von Aufträgen des Magistrats und der städtischen Tochtergesellschaften zu berichten, so wie es im Beschluss vom 16.10.2015 festgehalten wurde.

Besonders möge der Magistrat darüber berichten:

- **Wie die „gefundenen praktikablen Umsetzungslösungen“ der Bauverwaltung und den städtischen Gesellschaften aussehen;**
- **Ob es bei der Umsetzung des Beschlusses Konflikte mit beauftragten Unternehmen gab;**
- **Und wann die jährlichen Berichte dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt wurden.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 18.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Landeswohlfahrtsverband Hessen und Vitos Gelände, Marburg, Cappeler Str.
Vorlage: VO/6075/2018

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung zu dem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Landeswohlfahrtsverband die Geschichte der Psychiatrischen Klinik in Marburg, von den Anfängen als „Irren-Heilanstalt Marburg“ und später der Landesheilanstalt weiter aufzuarbeiten, nach neuesten museumspädagogischen Erkenntnissen auf dem Vitos-Gelände darzustellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein keine
Enthaltung: CDU, FDP/MBL

---

zu 18.8 Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und Piratenpartei betr. Transparenz von Haushaltsentwürfen
Vorlage: VO/6087/2018

Die Vorberatung des Antrages wurde im Haupt- und Finanzausschuss zunächst vertagt.

---

zu 18.9 Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.: Aufstufung von Teilen der B3 zur Bundesautobahn
Vorlage: VO/6098/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dem Antrag. Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Auch der Haupt- und Finanzausschuss gibt mehrheitlich die Empfehlung dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin folgenden Beschluss:

- **Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine Umwidmung von Teilen der B3 - vom Gießener Nordkreis bis zur Abzweigung der B 255 bei Niederweimar - zur Bundesautobahn aus und begrüßt die bislang dazu unternommenen Schritte.**

- **Der Magistrat wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Bemühungen fortzuführen.**

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Enthaltung: keine

---

zu 19 Kenntnisnahmen

---

zu 19.1 Straßenbenennung
hier: Umbenennung des "Götzenhaingäßchens" in "Grüner Weg zum Schloss"
Vorlage: VO/6025/2017

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt folgenden Sachverhalt zur Kenntnis:

Die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Umbenennung der Fußwegeverbin-

dung zwischen Marbacher Weg und Parallelweg in „Grüner Weg zum Schloss“ kann aufgrund des jetzigen Ausbauzustandes des Weges nicht eingeleitet werden.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin dankt dem Stadtverordneten Brunnet, der zum 28.02.2018 sein Mandat niederlegt, für die Mitarbeit und sein Engagement in den vergangenen Jahren. Sie dankt auch den übrigen Mitgliedern des Hauses und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 18:37 Uhr.

Marburg, 28.02.2018

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen:
Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 8 und 16 bis 31

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Fabio Longo
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Was hat die Prüfung durch den Magistrat zum Beschluss „Sicherer Fußweg Bei St. Jost…“ der Stadtverordnetenversammlung vom 26.01.2018 ergeben, um mehr Verkehrssicherheit am Verbindungsweg von der Esso-Tankstelle an der B3 zur Straße Bei St. Jost zu schaffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund des Beschlusses „Sicherer Fußweg Bei St. Jost“ fand am 30. Januar 2018 ein Ortstermin mit Beteiligung des Oberbürgermeisters, mehrerer Stadtverordneter, Elternvertretern, der Schulleiterin der Brüder-Grimm-Schule, betroffenen Eltern, Mitgliedern des Ortsbeirates Weidenhausen sowie Vertretern des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei und des Fachdienstes Straßenverkehr statt.

Die Eltern sehen an der Einmündung des Verbindungsweges von der Tankstelle auf die Straße Bei St. Jost eine über das normale Maß hinausgehende Gefährdung für die Kinder auf dem Schulweg. Nach Auskunft des regionalen Verkehrsdienstes der Polizei, bei dem alle polizeilich gemeldeten Unfälle registriert werden, und des Fachdienstes Schule sind keine Meldungen über einen Unfall, insbesondere im Schulverkehr, an dieser Stelle bekannt. Die Verkehrssituation besteht seit Jahrzehnten in unveränderter Form.

Nach eingehender Diskussion besteht Einvernehmen, kurzfristig ein Verkehrszeichen „Achtung Schulweg“ anzubringen (ist bereits aufgestellt) und bei entsprechender Witterung zusätzlich ein Piktogramm „Kinder“ auf dem Verbindungsweg zu markieren und zur Verdeutlichung des Gehweges die bereits vorhandene Blockmarkierung ebenfalls bei entsprechender Witterung zu erneuern.

Außerdem wird der Fachdienst Straßenverkehr in Abstimmung mit Hessen Mobil als zuständiger Baulastträger und dem Eigentümer der Tankstelle prüfen, ob eine Änderung der Verkehrsregelung wie z.B. eine Einbahnregelung möglich ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie viele Geflüchtete hat die Universitätsstadt Marburg in den Jahren 2015, 2016 und 2017 aufgenommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 52 - Migration und Flüchtlingshilfe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Universitätsstadt Marburg sind in den Jahren

2015 916 Personen
2016 909 Personen
2017 842 Personen

Geflüchtete aufgenommen worden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Welche Angriffe, Übergriffe bzw. Bedrohungen gegenüber Sicherheits-, Ordnungs- und Rettungskräften in den letzten drei Jahren sind dem Magistrat bekannt geworden und welche Vorkehrungen wurden getroffen, um den Schutz der Einsatzkräfte zu gewährleisten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Angriffe, Übergriffe bzw. Bedrohungen gegenüber der städtischen Ordnungspolizei und Feuerwehr sind nicht registriert worden. Vorfälle bei anderen Sicherheitsbehörden oder Rettungsorganisationen sind dem Magistrat nicht bekannt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Welche Beratung und Unterstützung erfahren Eltern (Mütter/Väter), deren Kinder in Maßnahmen außerhalb des Elternhauses (Pflegefamilien, Heime, Inobhutnahmen) untergebracht werden mussten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 57 - Soziale Dienste
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Im Rahmen einer stationären Unterbringung werden die Eltern oder Elternteile durch den mit der Unterbringung betrauten Träger der freien Jugendhilfe betreut. Dies ist in den entsprechenden Leistungsvereinbarungen geregelt. Weiter wird die Situation der Eltern im Gesamtkontext der Hilfeplanung für die untergebrachten jungen Menschen systematisch betrachtet und besprochen. Dies gehört zu den Aufgaben des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD). Bei entsprechender Dynamik - in Bezug auf die familiäre Situation - werden die Beratungskontakte auch intensiviert.

Wenn die Hilfe von Beginn an auf eine Rückführung innerhalb eines überschaubaren Zeitraums ausgerichtet ist, so findet eine intensivere Elternarbeit statt. Dies kann einerseits durch entsprechende Vereinbarungen mit dem Träger, welcher die Unterbringung durchführt geschehen, andererseits wird vom Jugendamt in entsprechenden Fällen eine Familienhilfe installiert, um die Rückkehr der jungen Menschen in den Haushalt ihrer Eltern entsprechend vorzubereiten und zu begleiten.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Welche kurzfristig zu realisierenden Maßnahmen können bereits während der Konzepterstellung des „Green-City-Plans“ von Seiten des Magistrats umgesetzt werden und wie sehen diese Maßnahmen aus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Marburg hat sich an dem Aufruf „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ der Bundesregierung beteiligt und als ersten Schritt eine Förderzusage für die Erstellung des Masterplans „Green-City-Plan“ erhalten. In sechs großen Themenfeldern will die Stadt mit dem „Green-City-Plan“ die Stickoxidbelastung in der Marburger Atemluft reduzieren:

- Auf- und Ausbau von intelligenten Verkehrsinformationssystemen für den ÖPNV, Autos und Radverkehr,
- intelligente vernetzte Mobilitätsdienste, Fahrrad- und Auto- Sharingsysteme
- Radverkehr, insbesondere Umsetzung des Radverkehrsplans
- Elektrifizierung des Verkehrs
- urbane Logistik
- öffentliche Flotten

Insgesamt sind elf Förderprogramme unter dem Dach „Saubere Luft 2017-2020“ zusammengefasst. Im Laufe des Jahres 2018 werden hieraus weitere Mittel beantragt werden, um konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Stickoxidbelastung kurzfristig umsetzen zu können.

Die Stadt Marburg steht in einem engen Informationsaustausch mit dem von der Bundesregierung eingesetzten „Förder-Lotsen“ sowie dem Land Hessen. Für einige Förderprogramme können auch schon während der Konzepterstellung für den „Green-City-Plan“ Anträge gestellt werden.

Eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe steht in ständigem Austausch hierzu und wird die weiteren Anträge vorbereiten. Ob und in welcher Höhe die Stadt Marburg berücksichtigt werden wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen.

Ladeinfrastruktur aktuell:
Aktuell neben dem Masterplan beantragt sind seitens der Stadt Marburg über die Stadtwerke Marburg GmbH 3 Ladesäulen. Die Bescheidung steht noch aus, wird aber für Februar oder spätestens März erwartet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

An wievielen Tagen war der Aufzug am Ortenberg-Steg in den Jahren 2016 und 2017 nicht betriebsfähig (zum Vergleich bitte Zahlen der Oberstadtaufzüge angeben) und worin liegen die Ursachen für die Betriebsausfälle?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Es gibt kurzfristig keine Möglichkeit die exakte Anzahl an Tagen zu ermitteln, an denen der Aufzug nicht fuhr. Grundsätzlich ist die Substanz dieser Aufzugsanlage nicht optimal.
Da es sich um einen Aufzug handelt, der in einem unbeheizten Schacht fährt (Aussenaufzug) sind die Einwirkungen auf das Material, die Steuerung und die Anlagenkomponenten erheblich. Aus diesem Grund wurden bereits die Türanlage und weitere Anlagenteile erneuert. Des Weiteren ist die Aufzugsanlage häufiges Ziel von Vandalismus.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Die Wissenschaft warnt vor dem Konsum von sog. Energy-Drinks, gerade für Kinder und Jugendliche (vgl. z. B. http://www.spiegel.de/gesundheit/ernaehrung/energy-drinks-riskante-kombination-von-koffein-und-alkohol-a-997688.html). Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, den Verkauf dieser Energy-Drinks an Schulen und im Umfeld der Schulen zurückzudrängen bzw. zu verbieten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der FD Schule der Universitätsstadt Marburg arbeitet intensiv daran, den Schülerinnen und Schülern ein gutes und ausgewogenes Speisen- und Getränkeangebot in den Schulen anzubieten. Im Getränkebereich sind an fast allen Schulen Trinkbrunnen installiert. Außerdem wird in den Cafeterien ein breites Sortiment angeboten, das von Fruchtsäften- und Schorlen bis zur Schulmilch reicht. Die Betreiber sind vertraglich zur Abstimmung des Sortiments mit dem Schulträger und den jeweiligen Schulen verpflichtet. Energy-Drinks werden in den Schulen nach unserem Kenntnisstand nicht verkauft.
Die Schülerinnen und Schüler nutzen aber häufig auch Angebote im Umfeld der Schule. Da es bzgl. des Verkaufs von Energy-Drinks derzeit keine gesetzlichen Regelungen gibt, sind die Einflussmöglichkeiten des Schulträgers hier begrenzt. Vielmehr erscheint es uns als Aufgabe der Schulen und der Eltern im Sinne der Ernährungsbildung die Schülerinnen und Schüler aufzuklären und auf das Angebot an gesünderen Getränken gerade in den Cafeterien hinzuweisen.

Die aktuellen Bestrebungen des Stadtelternbeirates über die schädlichen Wirkungen von Energy-Drinks aufzuklären, werden von Seiten des Schulträgers natürlich unterstützt.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wird es im Rahmen der beschlossenen Stadtreinigungsaktionen, also der Graffiti- sowie Aufkleberentfernung, auch eine Entfernung der Regenbogen-Malerei an der Wasserscheide in der Oberstadt geben? Diese wird jährlich von studentischen Verbindungen erneuert. Sie steht für das Farbenstudententum an sich und zeichnet die ehemalige Stadtgrenze nach.

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Nein, eine Entfernung der “Regenbogen-Malerei“ an der Wasserscheide ist nicht vorgesehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

In welcher Form unterstützt der Magistrat die Organisation „MediNetz“? Falls es eine Unterstützung gibt, ist bitte deren Höhe anzugeben.

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 7 – Zivilgesellschaft, Stadtentwicklung, Migration und Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Fachbereich 4 / Arbeit, Soziales & Wohnen des Magistrats der Universitätsstadt Marburg hat den Einsatz von MediNetz Marburg e.V. in der *„Versorgung Schwangerer ohne Krankenversicherung in Marburg“* im Kalenderjahr 2017 mit einem Einmalbetrag freiwilliger Leistungen in Höhe von 1.200,-- € gefördert.
Organisiert wurde 2017 zudem ein Runder Tisch, um Lösungen für eine gute medizinische Betreuung dieser Schwangeren in Marburg zu finden. Der Oberbürgermeister hat gemeinsam mit MediNetz im Anschluss daran bei den niedergelassenen Gynäkologinnen und Gynäkologen um Unterstützung für Arbeit von MediNetz bei der Betreuung von schwangeren Frauen ohne Papiere geworben. Für 2018 ist geplant, die Zusammenarbeit mit MediNetz im Rahmen von „Gesunde Stadt Marburg“ weiter zu intensivieren.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Gab es in den Jahren 2017 und 2018 neue Vertragspartner im Bereich der Jugendförderung? Falls ja: um welche Vereine / Organisationen handelt es sich?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 56 - Jugendförderung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der FD Jugendförderung hatte im 2017 keine neuen Vertragspartner und hat auch keine diesbezüglichen Planungen für das laufenden Jahr.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf hat kürzlich eine Ausfallbürgschaft für das Landschulheim Steinmühle übernommen. Wurde zuvor eine solche Bürgschaft bei der Universitätsstadt Marburg beantragt, erbeten und/oder diskutiert? Falls ja: Warum wurde keine Ausfallbürgschaft übernommen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Das Landschulheim Steinmühle hat bei der Universitätsstadt Marburg keine Ausfallbürgschaft beantragt.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Ist dem Magistrat bekannt, ob islamische Organisationen und/ oder Einzelpersonen aus diesem religiösen Bereich in Marburg vom Verfassungsschutz beobachtet werden? Welche Konsequenzen zieht der Magistrat ggf. daraus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Bericht des Landesverfassungsschutzes 2016 wird erwähnt, dass sich ein Zentrum der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V. in Marburg befindet.
Weitere Details, die gegebenenfalls zu Konsequenzen führen könnten, sind dem Magistrat nicht bekannt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat der Universitätsstadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Kenntnisse er über die Pflegegemeinschaft für Menschen mit Demenz in der Weintrautstraße geleitet durch BI Sozialpsychatrie e.V. hat und ob die Bedarfe ausreichend sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Demenz-Wohngemeinschaft am Germanenplatz in Marburg werden neun Menschen mit Demenzerkrankungen betreut. Eine 24-Stunden-Betreuung sowie eine Rund-um-die Uhr-Rufbereitschaft ist gewährleistet. Zurzeit sind alle Plätze belegt.

Betrieben und organisiert wird die Wohngruppe von der Gruppe der jeweiligen Angehörigen als Auftraggeber-Gemeinschaft. Als **nicht-trägergeführte** Wohngruppe unterliegt sie nicht den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über Betreuung-und Pflegeleistungen (HGBP). In monatlichen Angehörigentreffen werden alle wesentlichen Belange gemeinsam geplant und entschieden. Pflege und Betreuung erfolgen über den Pflegedienst Ridder, ergänzt von Freiwilligen des Vereins Leben im Alter – LiA sowie der Alzheimer-Gesellschaft.

Hauptmieter der Wohnung ist die Bürgerinitiative Sozialpsychiatrie (BI). Die Bewohnerinnen und Bewohner haben individuelle Mietverträge bei der BI. Die pflegerischen Leistungen und Betreuungsleistungen werden individuell über die ambulanten Leistungen der Pflegekassen abgerechnet, hinzu kommt ein Wohngruppenzuschlag in Höhe von 114 € im Monat pro Bewohnerin/Bewohner. Der jeweilige Eigenanteil beträgt ca. 1700 € im Monat. Es besteht eine Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung gemäß § 75 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) über ein Betreutes- Wohnen- Angebot für demenzkranke Menschen zwischen dem Landkreis Marburg Biedenkopf als Sozialhilfeträger und dem Pflegedienst Ridder.

Das Fortschreiten der dementiellen Erkrankungen und der Wechsel in der Zusammensetzung der Wohngruppe erfordern immer wieder Anpassungen in der Betreuung und der Ausstattung der Wohngemeinschaft, die bisher gut gemeistert werden. Ansprechpartnerinnen aus dem Kreis der Angehörigen ist Frau Gaby Frey, Tel. 06420/821790, E-Mail info@demenz-wg-marburg.de, Homepage: www.demenz-wg-marburg.de; für Interessierte gibt es einen Leitfaden.

Zum Bedarf an Wohngruppen:

Die Wohngemeinschaft am Germanenplatz hat sich als nicht-trägergeführte Demenz-Wohngemeinschaft mit Ihrem Angebot in Marburg etabliert. Obwohl das Angebot längst nicht überall bekannt ist, gibt es eine Warteliste. Zum Bedarf bezüglich eines Angebots solcher Wohngemeinschaften lässt sich zurzeit keine exakte Aussage machen da es keine (zentrale) Anlaufstelle hierfür gibt.
Aus Sicht der Beratung im Pflegebüro der Universitätsstadt Marburg lässt sich jedoch feststellen, dass viele Familien mit demenzkranken Angehörigen sich eine Wohn-und Betreuungsform

wünschen, die zwischen der kraft- und zeitaufwändigen Organisation für Menschen mit hohem Hilfebedarf in den eigenen vier Wänden und einem Heimplatz liegt. Viele Angehörige möchten sich auch weiterhin kümmern und Umgebung, Betreuung und Tagesstruktur mitgestalten können. Die selbstorganisierte Wohngemeinschaft bietet hier eine Möglichkeit – nicht nur für Menschen mit demenziellen Erkrankungen, sondern auch für andere Menschen mit hohem Hilfebedarf, die nicht (mehr) allein in der eigenen Wohnung leben können und/oder nicht mehr von Angehörigen gepflegt werden können.

Planungen für weitere Pflege-Wohngemeinschaften gibt es zurzeit in Marburg nicht. Interessierte Menschen/Angehörigengruppen können sich in Fragen der Gründung einer Wohngemeinschaft an die hessische Fachstelle für Pflege-Wohngemeinschaften wenden: Hessische Fachstelle für selbstverwaltete ambulant betreute Wohn-Pflege-Gruppen für Menschen mit Demenz, Jutta Burgholte-Niemitz, Geleitsstraße 94, 63067 Offenbach, Telefon: 069 / 2030 5546.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf gibt es mit der Wohngemeinschaft des Pflegedienstes Marburger Hauskrankenpflege in Ebsdorfergrund-Dreihausen eine trägergeführte Wohngemeinschaft, eine weitere trägergeführte Wohngemeinschaft ist in Planung.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, wie es um den einstimmig gefaßten Beschluss aus dem Ortsbeirat Cappel vom 30.08.2017 steht, eine Wegeverbindung (Im Grund/Am Vogelherd) zu errichten, in der Januar Sitzung 2018 wusste der zuständige BM Herr Stötzel noch nichteinmal etwas von diesem Beschluss?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Antrag des Ortsbeirates wurde am 20.09.2017 mit dem damals amtierenden Baudezernenten und dem Fachbereichsleiter Planen, Bauen, Umwelt erörtert. Als Ergebnis sollte vom Fachdienst Tiefbau ein Konzept für einen Treppenweg erarbeitet werden.
Wegen langfristig ausgefallener Personalressourcen im Fachdienst Tiefbau konnte diese Aufgabe noch nicht bearbeitet werden. Es besteht inzwischen die Aussicht, dass bis zum Sommer dieses Jahres ein Konzept erarbeitet werden könnte.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Hanke F. Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wann und warum wurde das Angebot zur Reinigung der grünen Tonnen eingestellt und ist ein Ersatzangebot geplant?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Abfallsatzung der Universitätsstadt regelt die Zuständigkeit für das Reinigen der Abfallgefäße der öffentlichen Abfallentsorgung in § 12 Abs. 3 der Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg.

Dort heißt es:
„Für die Reinigung der Abfallbehälter ist der Anschlusspflichtige verantwortlich. Sie kann ggf. im Wege der Ersatzvornahme auf Kosten des Anschlusspflichtigen von der Stadt durchgeführt werden.“

Es hat noch nie ein Angebot der Stadt Marburg im Rahmen der öffentlichen Abfallentsorgung für das Reinigen von Biotonnen oder anderen Abfallgefäßen gegeben.

Ein mobiles Abfallgefäß-Reinigungsgerät hatte die Marburger Praxis GmbH vor ca. 10 Jahren im Rahmen eines Pilotprojektes betrieben. Die Auslastung war jedoch sehr gering. In Marburg konnte leider kein stabiler Kundenkreis aufgebaut werden. Zudem fiel das Gerät häufig aus und musste sehr kostenintensiv in Stand gesetzt werden. Aus wirtschaftlichen Gründen hat deshalb die Praxis GmbH den Betrieb nach ca. 3 Jahren endgültig eingestellt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Hanke F. Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie haben sich die Standgebühren für den Wochenmarkt auf dem Marburger Marktplatz in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Standgebühren sind zuletzt zum 01.01.2002 von 0,76 € auf 0,80 € pro m² erhöht worden.

Von Marktbeschickern, die auch Stromabnehmer sind, ist zudem eine Tagespauschale zu zahlen. Aufgrund der Strompreissteigerungen wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.10.2016 die Erhöhung der Strompauschale für die Wochenmärkte beschlossen. Die Strompreise wurden zum 01.01.2017 von 0,90 €/Tag zzgl. Mehrwertsteuer auf 1,20 €/Tag zzgl. Mehrwertsteuer erhöht.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wurde zwischenzeitlich die Vereinbarung mit dem hessischen Finanzministerium über die rund 3 Mio. Euro zur Kompensation der Kreisumlage unterzeichnet? Falls nein: wann wird damit gerechnet?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nein, zeitnah.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister